Niederschrift

über die 4. Sitzung des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2009-2014) am 25.02.2010 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Am. Peter Holz

die Ausschussmitglieder

Arenhövel, Martin	-als Vertr. für Am. Westhoff-
Freiherr von Ketteler, Friedrich-Carl	
Ostlinning, Helmut	
Sökeland, Dieter	
Völler, Wolf-Rüdiger	
Büdenbender, Jens	-sachk. Bürger-
Lange, Martin	-als Vertr. für Am. Linnemann-
Schulze Westhoff, Paul	
Brinkemper, Ralf	
Franke, Michael	
Hartmann-Niemerg, Georg	-sachk. Bürger-
Dahlhoff, Rolf	

als Gast/als Gäste

Buddenkotte, Wilhelm	
Lückewerth, Elisabeth	-bis Pkt. 7-
Wienker, Bernhard	-sachk. Bürger bis Pkt. 7-
Westbrink, Norbert	
Philipper, Johannes	-bis Pkt. 7-
Morbach, Robin	-sachk. Bürger bis Pkt. 7-
Wermeyer, Dennis	-sachk. Bürger bis Pkt. 7-

vom Planungsbüro Wolters Partner, Coesfeld

Frau Wolters	-zu den Pkt. 4, 5 u. 6-
--------------	-------------------------

von der Ing.-Gesellschaft nts, Münster

Herr Suhre	-zu den Pkt. 4, 5 u. 6-
------------	-------------------------

von der Firma Ten Brinke Projektentwicklung GmbH, Bocholt

Herr Klagge	-zu den Pkt. 4, 5 u. 6-
Herr Wojatschek	-zu den Pkt. 4, 5 u. 6-

von der Verwaltung

Uphoff, Josef Bürgermeister
Schlotmann, Theodor
Venhaus, Thomas
Scholz, Felix
Tewes, Martin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung form- und fristgerecht geladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss einstimmig, Tagesordnungspunkt 6 –Bebauungsplan „Stadtmitte“ – Aufhebungsbeschluss zur 1. Änderung und Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligungen - vor Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln. Gleichzeitig beschließt der Ausschuss einstimmig, aufgrund des zusätzlichen Beratungsbedarfes, Tagesordnungspunkt 7 –Bebauungsplan „Erholungsgebiet Feldmark“ – Detailplan 6 – Wochenendhausgebiet Rath – Antrag auf Erhöhung der Wohnfläche und der Fläche für Abstellräume- von der Tagesordnung abzusetzen.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Buswartehäuschen Rippelbäumer Straße

Bgm. Uphoff verliest das Schreiben des Herrn Martin Lütke-Wienker, Rippelbaum 14, 48336 Sassenberg vom 22.02.2010 auf Bezuschussung zur Errichtung eines Wartehäuschens an einer Bushaltestelle an der Rippelbäumer Straße. Er führt hierzu aus, dass der Antrag zur Bereisung des Unterausschusses Straßen gestellt worden sei.

1.2. Parksituation Klingenhagen

Bgm. Uphoff teilt mit, dass aus Termingründen die Besprechung mit den Anliegern der Straße Klingenhagen zur Parksituation auf den 08.03.2010, 19:00 Uhr im Rathaus verlegt worden sei.

1.3. Gefahrgutkarte Kreis Warendorf

Bgm. Uphoff berichtet zur Aktualisierung der Fahrwegregelung im Kreis Warendorf für überregionale Gefahrgutstraßen. Ausgeführt wird, dass die K 51 – Ravensberger Straße- auch weiterhin in dieser Gefahrgutkarte unverändert enthalten sei.

1.4. Erweiterung von Kindergärten im Rahmen der U3-Betreuung

Bgm. Uphoff teilt mit, dass zwischenzeitlich für die Erweiterung der Kindergärten „Abenteuerland“, „Zauberland“ und „Wolke 7“ im Rahmen der U3-Betreuung die Baugenehmigungen seitens des Kreisbauamtes Warendorf erteilt worden seien. Die Ausschreibungen seien bereits durchgeführt worden. Mit einem Baubeginn sei im Frühjahr 2010 zu rechnen. Darüber hinaus wird von Bgm. Uphoff darauf verwiesen, dass für die Erweiterungen an den Kindergärten „Wolke 7“ und „Zauberland“ zwischenzeitlich die Zuwendungsbescheide vorlägen. Für den Kindergarten „Abenteuerland“ sei ein vorzeitiger Maßnahmebeginn genehmigt worden. Mit diesem Zuwendungsbescheid sei in den kommenden drei bis vier Wochen zu rechnen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. **Durchführungsbeschlüsse**
-Durchführung von Baumaßnahmen-

Von Herrn Schlotmann wird anhand der Vorlage ein umfassender Überblick über die Durchführung von Baumaßnahmen gegeben.

Auf die Frage von Am. Arenhövel nach der Sanierung der Feuchtigkeitsschäden in der kleinen Herxfeldhalle wird von Herrn Schlotmann auf das Grundproblem der Bildung von Kondenswasser in den Duschen eingegangen. Bei der Sanierungsmaßnahme handele es sich um Anstricharbeiten.

Von Am. Hartmann-Niemerg wird angeregt, mit dem Energieberater Kay Krampe hinsichtlich der Luftfeuchte Kontakt aufzunehmen.

Auf die Frage von Am. Schulze Westhoff zu seiner Anfrage zur Alarm- und Durchsagetchnik in der Johannesgrundschule wird von Bgm. Uphoff ausgeführt, dass es sich bei der Ermittlung der hierfür vorgesehenen Kosten nahezu ausschließlich um Materialkosten handele.

Einstimmiger Beschluss:

“Gemäß Ziffer 2.2.3 des Beschlusses des Rates vom 16.12.2004 werden die folgenden Maßnahmen in ihrer Durchführung beschlossen.

Maßnahme	Kosten
<u>01.10.04 –Instandhaltung kommunaler Gebäude und Anlagen-</u>	
<u>Teilergebnisplan –Aufwendungen-/Rückstellungen</u>	
Jugendbegegnungsstätte “Inside” - Sanierung Heizung und Warmwasseraufbereitung	6.000,00 €
Johannesgrundschule - Sanierung Entwässerungssystem - Sanierung Mädchentoilette	20.000,00 € 7.000,00 €
kleine Herxfeldhalle - Entfernung Feuchtigkeitsschäden	3.500,00 €
Freibad - Sanierung Filter soweit erforderlich zur Sicherung der Wasserqualität	35.000,00 €
<u>Teilfinanzplan –Auszahlungen-</u>	
Johannesschule - Alarm- und Durchsageanlage - Ergänzung Brandmeldeanlage	8.500,00 € 3.500,00 €
Rathaus - Treppenlift Bürgerservice	15.000,00 €

3. Prüfung der Notwendigkeit von Gewährleistungsbürgschaften -Antrag der FDP Fraktion vom 30.01.2010-

Herr Schlotmann verliest im Wortlaut den Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2010 und erläutert die Verwaltungspraxis gem. Vorlage.

Von Herrn Dahlhoff werden im Anschluss hieran nähere Erläuterungen zum FDP-Antrag gegeben. Er führt aus, dass seines Erachtens ein Sicherheitseinbehalt zu einer Entlastung und Förderung insbesondere von Kleinbetrieben führe. Bei der Vorlage von Bürgschaften seien grundsätzlich erhöhte Kosten zu erwarten.

Am. Franke führt aus, dass er sich damit einverstanden erklären könne, dass bei Aufträgen von 10.000,00 € bis 15.000,00 € grundsätzlich auf Bürgschaften verzichtet werden könne zu Gunsten eines Sicherheitseinbehaltes. Hierzu werden von Bgm. Uphoff hinsichtlich der Position der Stadt Sassenberg als Auftraggeber eingehende Erläuterungen gegeben.

Im weiteren Verlauf der Diskussion verweist der Vorsitzende auf die Regelungen des Vergabehandbuches. Am. Franke ergänzt, dass die Regelungen der VOB einzuhalten seien. Herr Schlotmann ergänzt, dass bei investiven Maßnahmen bzw. Unterhaltungsmaßnahmen größeren Umfangs im örtlichen Bereich keine Gewährleistungsbürgschaften eingefordert worden seien.

Nach kurzer weiterer Diskussion wird bei sieben Nein-Stimmen, fünf Ja-Stimmen und einer Enthaltung der nachfolgende Beschlussvorschlag abgelehnt:

„Bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen im Rahmen einer öffentlichen bzw. beschränkten Ausschreibung wird eine Gewährleistungsbürgschaft unabhängig von der Auftragshöhe eingefordert.“

Bei Aufträgen im Rahmen der laufenden Unterhaltung im Rahmen einer freihändigen Vergabe erfolgt in der Regel nicht die Einforderung einer Gewährleistungsbürgschaft.“

Weiter beschließt der Ausschuss mit sieben Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen:

„Für die Vergabe von kommunalen Aufträgen im Rahmen einer öffentlichen bzw. beschränkten Ausschreibung wird eine Gewährleistungsbürgschaft ab einem Auftragswert von 10.000,00 € eingefordert.“

Bei Aufträgen im Rahmen der laufenden Unterhaltung im Rahmen einer freihändigen Vergabe erfolgt keine Einforderung einer Gewährleistungsbürgschaft.“

6.1. Bebauungsplan "Stadtmitte" - 1. Änderung Aufhebungsbeschluss zur 1. Änderung und Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligungen-

Bgm. Uphoff geht auf den gemeinschaftlichen Antrag der FWG-Fraktion Sassenberg, der SPD-Fraktion Sassenberg, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion Sassenberg vom 25.02.2010 zum Bebauungsplan „Stadtmitte“ – 1. Änderung – ein. der Antrag wird im Wortlauf verlesen. Hierzu werden von Bgm. Uphoff nähere Erläuterungen gegeben. Weiter verweist Bgm. Uphoff darauf, dass kurz vor der heutigen Sitzung von Frau Marianne

Merschmann, Klingenhagen 32, 48336 Sassenberg eine Eingabe zu den Tagesordnungspunkten 4, 5 und 6 vorgelegt worden sei. Bei 12 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme beschließt der Ausschuss, dass Bgm. Uphoff das Schreiben Merschmann im Wortlauf verliest.

Weiter wird von Bgm. Uphoff ausgeführt, dass die Originaleingaben der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange und die den Planverfahren zu den Punkten 4, 5 und 6 zugrundeliegenden Gutachten im Rahmen der heutigen Sitzung zur Einsichtnahme ausgelegt worden seien.

Im Anschluss an die Ausführungen zu den Eingaben werden von Bgm. Uphoff nähere Erläuterungen zur Tischvorlage vom 25.02.2010 und der hierin aufgeführten Kreisverkehrslösung Von-Galen-Straße/Klingenhagen/Drostenstraße mit Anbindung des geplanten Fachmarktzentrums gegeben.

Am. Völler führt aus, dass aus seiner Sicht mit der Einplanung des Kreisverkehrsplatzes die richtige Richtung eingeschlagen worden sei. Trotzdem sei aus Sicht der CDU-Fraktion der Gesamtumfang des Fachmarktzentrums mit 3.650 m² Verkaufsfläche zu groß ausgefallen. Er plädiere weiter für eine Reduzierung auf rd. 2.500 m² Verkaufsfläche. Darüber hinaus gibt Am. Völler zu bedenken, dass durch die Ausbildung des Kreisverkehrsplatzes ein nicht unerheblicher Grundstückserwerb erforderlich sei. Bgm. Uphoff führt hierzu aus, dass zur Finanzierung derzeit keine weiteren Angaben gemacht werden könnten. Bislang sei im Rahmen der Planung des Fachmarktzentrums und der Ausbildung der Lichtzeichenanlage eine Kostenbeteiligung der Stadt Sassenberg ausgeschlossen worden.

Am. Franke führt aus, dass die präsentierte Kreisverkehrslösung zu einer größtmöglichen Akzeptanz in der Bevölkerung führe und somit die bestmögliche Verkehrslösung darstelle. Am. Lange ergänzt, dass bei der Ausbildung des Fachmarktzentrums auch bei einer durch die CDU-Fraktion angedachten Reduzierung der Verkaufsfläche zusätzlicher Verkehrs produziert werde.

Am. Arenhövel führt aus, dass er sich zwar erfreut zeige über den nunmehr vorgetragenen Ansatz einer Kreisverkehrslösung. Seines Erachtens sollte jedoch zuerst die Grundstücksdebatte zu Ende geführt werden.

Auf die zweckentsprechende Frage von Am. Sökeland nach einem Finanzierungsmodell gibt Bgm. Uphoff nähere Erläuterungen zur Kostentragung unter eventueller Beteiligung des Kreises Warendorf, der Stadt Sassenberg und des Investors. Ergänzend wird von ihm ausgeführt, dass die Kreisverkehrslösung auch für die Allgemeinheit erhebliche Vorteile bringe. Darüber hinaus sei eine längere Lebensdauer der Kreisverkehrslösung gegenüber der heutigen Situation zu erwarten. Am. Sökeland führt weiter aus, dass seines Erachtens der Investor als Verursacher der Gesamtplanung zu 100 % die Kosten zu tragen habe. Dieses wird von Am. Völler weiter kommentiert. Bgm. Uphoff führt hierzu aus, dass hinsichtlich der Kostentragung grundsätzlich ein politischer Beschluss erforderlich sei.

Im Verlauf der weiteren längeren Diskussion zur Verkehrssituation wird vom Vorsitzenden ausgeführt, dass die im Gutachten nts aufgeführte Lösung Verkehrssituation im Rahmen einer Lichtzeichenanlage eine erhebliche Verbesserung mit sich bringe. In diesem Zusammenhang wird von ihm auch auf die Einrichtung einer Kreisverkehrslösung in der Stadt Greven eingegangen, welche sich im nachhinein als sehr unfallträchtig erwiesen habe. Hierzu wird von Am. Hartmann-Niemerg ausgeführt, dass zwar der Kreisverkehr grundsätzlich die

Ideallösung für den Autofahrer hinsichtlich des Sicherheitsgewinnes bringe. Die Schadensforschung habe jedoch erwiesen, dass dieses nicht unbedingt für den Fußgänger bzw. den Radfahrer gelte.

Im Verlauf der abschließenden Diskussion beschließt der Ausschuss bei acht Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen den Tagesordnungspunkt 6, nicht von der Tagesordnung abzusetzen.

Es ergeht bei acht Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen nachfolgender Beschluss:

„Der Beschluss des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Sassenberg vom 02.04.2009 –Pkt. 9 d. N.- zur 1. Änderung des Bebauungsplanes ‚Stadtmitte‘ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird aufgehoben.

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan ‚Stadtmitte‘ wird im Rahmen einer 1. Änderung gem. § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren dahingehend geändert, dass über den nördlichen Grundstücksteil der Volksbank an der Von-Galen-Straße –K 18- eine Anbindung des zukünftigen Fachmarktzentrums auf dem Gelände der Firma Scheffer und unter Einbeziehung des Wohn- und Geschäftshausgrundstückes Von-Galen-Straße 21 zur Regelung der zu erwartenden Verkehrsströme im Kreuzungsbereich eine öffentliche Verkehrsfläche für die Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes eingeplant wird. Gleichzeitig ist die bislang geringfügig verbliebene Verkehrsfläche bis zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes ‚Poggenbrook‘ in die 1. Änderung des Bebauungsplanes ‚Stadtmitte‘ zur Verwirklichung des Kreisverkehrsplatzes einzubeziehen. Der Änderungsbereich ist in der Anlage 1 gekennzeichnet.

Das Planungsbüro Wolters Partner, Coesfeld, wird beauftragt, einen Bebauungsplanentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes ‚Stadtmitte‘ gem. § 13 a BauGB zu fertigen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgt im Rahmen einer dreiwöchigen öffentlichen Auslegung im Rathaus. Im Anschluss hieran sind die Öffentlichkeitsbeteiligungen gem. § 4 Abs. 1 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

4. **Flächennutzungsplan 32. Änderung**
-Beschluss über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen
eingegangenen Anregungen und Bedenken und Beschluss über den
Flächennutzungsplan-

Von der Verwaltung wird zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen eingegangenen Stellungnahmen verwiesen. Hierzu werden eingehende Erläuterungen gegeben.

Auf die Frage von Am. Sökeland nach dem Wegfall von Parkplätzen an der Volksbank sowie der Einrichtung von Behindertenparkplätzen wird von Bgm. Uphoff ausgeführt, dass die zu erhaltenden Parkplätze an der Von-Galen-Straße unter Umständen als Behindertenparkplätze ausgewiesen werden könnten.

Am. Völler geht auf die Größe des Fachmarktzentrums ein und gibt nähere Erläuterungen zu befürchteten Leerständen im Bereich der Stadt Sassenberg. Bgm. Uphoff verweist in diesem Zusammenhang auf die vorliegenden Gutachten und die Empfehlungen der BBE im Rahmen des Einzelhandelskonzeptes sowie der GMA im Rahmen der Tragfähigkeitsanalyse für das Fachmarkzentrum.

Am. Arenhövel kritisiert, dass zur Planung des Fachmarktzentrums keine Alternativen aufgezeigt worden seien. Dieses gelte auch für die Abarbeitung der Planung durch die Verwaltung. Bgm. Uphoff führt hierzu aus , dass es sich hierbei um die Abarbeitung der geltenden Beschlusslage handele.

Am. Schulze Westhoff verweist darauf, dass bei Nichtzustandekommen des Fachmarktzentrums mit einer Industriebranche zu rechnen sei, da kein weiterer Investor bekannt sei. Am. Völler und Am. Sökeland gehen in diesem Zusammenhang auf die zu erwartende Qualität der Läden im Fachmarktzentrum ein.

Am. Hartmann-Niemerg betont, dass er das vorliegende Konzept für das Fachmarktzentrum als schlüssig empfinde. In diesem Zusammenhang wird von Am. Lange abschließend betont, dass die gesamte Planung nicht zerredet werden dürfe.

Bei acht Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen ergeht nachfolgender Beschlussvorschlag:

„Über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB, § 4 Abs. 1 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Bedenken wird wie in der Anlage 2 dargestellt beschlossen.

Die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sassenberg wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 5 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.07.2009 (BGBl I S. 2585) beschlossen.“

5. **Bebauungsplan "Stadtmitte" – Erweiterung**
-Beschluss über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen
eingegangenen Anregungen und Bedenken und Satzungsbeschluss-

Unter Hinweis auf die Beratungen zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt ergeht bei acht Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen nachfolgender Beschlussvorschlag:

„Über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB, § 4 Abs. 1 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Bedenken wird wie in der Anlage 3 dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan ‚Stadtmitte‘ - Erweiterung wird gem. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SG NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2009 (GV NRW S. 950(SG NRW 2023) und der §§ 1 und 10 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.07.2009 (BGBl I S. 2585) als Satzung beschlossen.“

7. **Bebauungsplan "Erholungsgebiet Feldmark" - Detailplan 6 -**
Wochenendhausgebiet Rath
Antrag auf Erhöhung der Wohnfläche und der Fläche für Abstellräume-

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

8. **Bebauungsplan "Erholungsgebiet Feldmark" - Detailplan 2 -
Wochenendhausgebiet Feldmark GmbH - Umwandlung zu einem
Wohngebiet**
**-Antrag der Feldmarkgemeinschaft GbR auf Erhöhung der Grundfläche der
jetzigen Wochenendhäuser auf 100 m²/Festlegung eines Reinen
Wohngebietes (WR)-**

Von der Verwaltung wird anhand der Sitzungsvorlage die Gesamtsituation einschließlich der vorhandenen Beschlusslage erläutert. Hierzu werden von Bgm. Uphoff insbesondere hinsichtlich der Festschreibung der bisherigen Festsetzungen im Reinen Wohngebiet nähere Erläuterungen gegeben. Der Antrag der Feldmarkgemeinschaft sollte im Rahmen des abschließenden Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens gem. § 3 Abs. 2 BauGB behandelt werden.

Am. Franke führt abschließend aus, dass er auch der Auffassung sei, lediglich den Gebietscharakter bei Umwandlung des Wochenendhausgebietes zu einem Reinen Wohngebiet zu ändern. Die weiteren Festsetzungen sollten auch in Zukunft Bestand haben.

Einstimmiger Beschluss:

„Aufgrund der bauplanungsrechtlichen und städtebaulichen Abstimmung mit dem Kreisbauamt Warendorf wird der Beschluss des Infrastrukturausschusses vom 02.04.2009 –Pkt. 10 d. N.- dahingehend korrigiert, dass das Sondergebiet (SO) einschließlich der Erweiterung mit der Zweckbestimmung ‚Wochenendhausgebiet‘ umgewandelt wird in ein Reines Wohngebiet (WR).

Über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen und Bedenken wird wie in der Anlage 4 dargelegt beschlossen.

Das weitere Verfahren richtet sich nach dem Beschluss des Infrastrukturausschusses vom 02.04.2009 –Pkt. 10 d. N.- wonach die Verwaltung beauftragt ist, die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

9. **Bebauungsplan "Uphuesstraße"**
-Antrag auf Zulässigkeit von Zäunen-

Von der Verwaltung wird auf die Situation der Errichtung einer Holzzaunanlage auf dem Eckgrundstück Bernhard-Tarner-Weg/Füchter Straße eingegangen.

Am. Lange führt aus, dass er vollstes Verständnis dafür habe, dass aufgrund der Immissionssituation an der B 476 Füchter Straße eine diesbezügliche Wallanlage errichtet worden sei. Am. Arenhövel ergänzt, dass seines Erachtens kein Präzedenzfall geschaffen werden sollte. Dieses wird von Am. Hartmann-Niemerg unterstützt.

Bei acht Ja-Stimmen, drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ergeht nachfolgender Beschluss:

„Der Antrag des Grundstückseigentümers Bernhard-Tarner-Weg 2, 48336 Sassenberg vom 07.01.2010 auf Zulässigkeit einer Zaunanlage in Höhe von 1,80 m zur Füchter Straße hin sowie die Zulässigkeit eines Zaunes in einer Höhe von 1,80 m zum Bernhard-Tarner-Weg hin wird aus

städtebaulicher Sicht abgelehnt, da bislang in den rechtsverbindlichen Bebauungsplänen „Uphuesstraße“ und „Füchtorfer Straße“ im Bereich der Eingrünungen zur Füchtorfer Straße hin lediglich Einfriedigungen in einer Höhe von 1,60 m gem. rechtsverbindlicher Bebauungspläne zugelassen sind. Die Errichtung der Zaunanlage entlang der Erschließungsanlage Bernhard-Tarner-Weg unterliegt den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes ‚Uphuesstraße‘ sowie den Regelungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.“

**10. Bebauungsplan "Vennstraße"
-Antrag auf Änderung der Firstrichtung am Tannenweg-**

Die Verwaltung berichtet zum Antrag auf Änderung der Firstrichtung.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Die Satzung der Stadt Sassenberg über die Änderung der Gestaltungssatzung gem. § 86 BauO NRW zum Bebauungsplan ‚Vennstraße‘ wird gem. der Anlage 5 zu dieser Niederschrift beschlossen.“

11. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

Auf die zweckentsprechende Frage von Am. Büdenbender nach dem Stand des Verfahrens zur DSL-Versorgung in Füchtorf wird von Bgm. Uphoff ausgeführt, dass der Zuwendungsbescheid noch nicht vorliege. Darüber hinaus wird von Am. Büdenbender angefragt, ob zwischenzeitlich gewerbliche Betriebe mit akquiriert worden seien. Auch hierzu werden von Bgm. Uphoff nähere Erläuterungen gegeben.

12. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Von Herrn Peisker, Feldmark 2, 48336 Sassenberg wird auf die Problematik des Erstwohnsitzes in den Wochenendhausgebieten eingegangen. Bgm. Uphoff führt aus, dass derzeit keine positiven Informationen hierzu gegeben werden könnten. Er verweist auf die weiteren mit dem Kreis Warendorf projektierten Gespräche. Auch von Herrn Grohmann, Feldmark 2, 48336 Sassenberg wird die Problematik des Dauerwohnens aufgegriffen. Bgm. Uphoff betont nochmals, dass die entsprechenden Gespräche fortgeführt würden.